



Anfrage

Vorlage: AF/0021/2025		Datum: 11.04.2025		
Verfasser: 004-Ratsfraktion AfD		Az.:		
Betreff: Anfrage der AfD-Ratsfraktion: E-Zigaretten und E-Shishas in Koblenz: Minderjährige Konsumenten, Schwarzmarkt, Umweltbelastung durch Altgeräte				
Gremienweg:				
08.05.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich			

Anfrage:

In Deutschland dürfen seit April 2016 E-Zigaretten und E-Shishas an Kinder und Jugendliche nicht mehr verkauft werden. Unter 18-Jährigen ist es zudem nicht erlaubt, elektronische Zigaretten und Shishas zu konsumieren, unabhängig davon, ob die Liquids Nikotin enthalten. Die aktuellen Ergebnisse der Drogenaffinitätsstudie 2023 der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zeigen aber, dass vor allem Einweg-E-Zigaretten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen beliebt sind. Auch in der Koblenzer Innenstadt ist der offene Konsum durch mutmaßlich minderjährige Personen mittlerweile weit verbreitet.

Darüber hinaus wächst der Schwarzmarkt für E-Zigaretten im gesamten Bundesgebiet rasant. Ein Branchenverband warnt nun vor den Risiken - insbesondere für den Jugendschutz. Unerlaubte E-Zigaretten werden mitunter sogar in regulären Shops und Kiosken angeboten. Experten sehen ein erhebliches Vollzugsdefizit seitens der zuständigen Behörden, wodurch dem Schwarzmarkt zusätzlich der Rücken gestärkt werde. Verschiedene Städte sind angesichts dieser Entwicklungen in den letzten Jahren dazu übergegangen, regelmäßige Jugendschutzeinsätze durchzuführen. Die jeweiligen kommunalen Vollzugsdienste verfolgen dabei das Ziel, Kinder und Jugendliche unmittelbar nach dem Kauf aufzuklären, den verbotenen Verkauf von Tabakwaren zu ahnden und sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes eingehalten werden.

Der Bundesbeauftragte für Drogenpolitik, Burkhard Blienert, fordert vor diesem Hintergrund schließlich ein vollständiges Verbot von Einweg-E-Zigaretten. "Diese Produkte haben ein hohes Suchtrisiko und sind extrem umweltschädlich", so Blienert. Eine sachgerechte Entsorgung der Altgeräte finde praktisch nicht statt, obwohl es sich bei E-Dampfern wegen der enthaltenen Schadstoffe und Schwermetalle um Sondermüll handele. In zahlreichen Ländern ist der Verkauf solcher Geräte deshalb bereits durch entsprechende Gesetze stark beschränkt worden.

Die AfD-Ratsfraktion bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Maßnahmen hat die Stadt eingeleitet, um die Nutzung von E-Zigaretten durch minderjährige Personen im öffentlichen Raum zu verhindern bzw. zu ahnden? Bitte die einzelnen Maßnahmen aufzuführen und erläutern.
2. Hat die Stadt in den letzten Jahren einen Anstieg von jugendlichen Konsumenten registriert?
3. Führt die Stadt diesbezüglich regelmäßige Jugendschutzeinsätze durch, wie dies in anderen deutschen Städten bereits praktiziert wird?
4. Wenn ja, bitte erläutern.
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, um den Verkauf von illegalen Geräten

- einzdämmen bzw. zu ahnden? Bitte die einzelnen Maßnahmen aufzuführen und erläutern.
7. Führt die Stadt diesbezüglich unangekündigte Kontrollen bei den jeweiligen Verkaufsstellen durch?
 8. Wenn ja, bitte erläutern.
 9. Wenn nein, warum nicht?
 10. Wie schätzt die Stadt die Umweltbelastung durch weggeworfene oder über den normalen Restmüll entsorgte Altgeräte ein?
 11. Welche Maßnahmen hat die Stadt eingeleitet, um eine fachgerechte Entsorgung der Altgeräte und ein anschließendes Recycling zu ermöglichen?
 12. Wäre es aus Sicht der Stadt sinnvoll, zusätzliche öffentliche Sammelstellen für Elektro- und Sondermüll einzurichten?
 13. Wäre es aus Sicht der Stadt sinnvoll, ausgewählte Mülleimer in der Innenstadt mit zusätzlichen Behältnissen für E-Zigaretten und vergleichbare Geräte zu bestücken?
 14. Würde die Stadt ein grundsätzliches Werbeverbot für die o.g. Produkte befürworten?
 15. Wenn ja, wie könnte dies gestaltet und umgesetzt werden?
 16. Wenn nein, warum nicht?

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -

Finanzielle Auswirkungen: -